

und hat am internationalen Kongress zu Amsterdam vorläufig ihren Höhepunkt gefunden. Die Geschichte der gewerkschaftlichen Organisation füllt jedoch eine viel längere Zeit aus. Schon die Gesellenverbände der Zukunft sind der Anfang. Man nahm früher an, dass jede Verbindung zwischen den modernen Gewerkschaften und den alten Gesellenverbänden fehle, dem ist aber nicht so. Doch soll davon im Vortrage nicht gesprochen werden. Es soll nur untersucht werden, wo die ersten Anfänge zur modernen Gewerkschaftsbewegung sind. Das Material, das hierüber vorliegt, ist freilich sehr spärlich. Der Lebende denkt nicht daran, dass er und sein Werk einmal der Geschichte angehören wird. Am meisten weiss man von den Buchdruckern. Dies ist erklärlich, denn die Buchdrucker müssen immer eine gewisse Beherrschung der Sprache besitzen und mit Feder und Papier umgehen können. Die Theoretiker des Sozialismus haben schon früh auf die Bedeutung der Gewerkschaften hingewiesen, so Marx in seiner Streitschrift gegen Proudhon. Liebknecht hat schon 1862 zur Gründung von Gewerkschaften aufgefordert. Die Kongresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, so der Genfer 1866, der von Basel 1869 hatten die Gründung von Gewerkschaften auf das Dringendste empfohlen. Der Generalrat wollte die internationale Verbindung der nationalen Verbände herbeiführen. 1868 wurde auf dem Arbeiterkongress in Nürnberg beschlossen, behufs Organisation der ganzen deutschen Arbeiterklasse die Gründung von Gewerkschaften in die Wege zu leiten, nach dem Muster der Trades-Unions. Das sozialdemokratische Wochenblatt veröffentlichte am 28. November 1868 ein Musterstatut für solche Gewerkschaften. Ueber die äusseren Organisationsformen der Gewerkschaften jener Zeit wissen wir wenig. Die Kleinheit der Organisationen, der Umstand, dass nur wenige von diesen auch Fachblätter hatten, lässt das begreiflich erscheinen. Die Zigarrenmacher Fritsche und der Schuhmacher Vahlteich propagierten vor allen die gewerkschaftliche Organisation. Die Grundlage und Vorbedingung einer gewerkschaftlichen Organisation war die Schaffung des Koalitionsrechtes. Das hochindustrielle Sachsen ging voran, dann folgte der norddeutsche Bund, die das Koalitionsrecht einführten. 1864 war der erste grosse Streik in Hamburg. Dem folgten die Tuchmacher in Burg, die Instrumentenmacher und Tischler in Hamburg u. s. w. Ferdinand Lassalle verdankt man den gesunden Gedanken der Zentralisation. 1865 gründete Fritsche den ersten Zentralverband. Es war der Verband der Tabak- und Zigarrenarbeiter. Dann folgten die Zimmerer, die Schneider und andere. Schon damals ergab sich der Gegensatz zwischen den modernen Gewerkschaften und den Hirsch-Dunkerschen. Das Wort »Harmonie-Apostel« stammt aus den Kämpfen der damaligen Zeit. Schon damals hatten die modernen Gewerkschaften den Kampf als das Mittel zur Verbesserung ihrer Lage erkannt, während die Gewerkschaften im friedlichen Ausgleich bestehende Differenzen erledigen wollten.

Auch Produktivgenossenschaften wurden gegründet. In verschiedenen Gewerkschaften, besonders der Maurer und Zimmerer war es üblich, dass bald nach Eintritt eines Streikes Baugenossenschaften gegründet wurden. Ueber das Schicksal solcher Genossenschaften ist nicht viel bekannt, aber jedenfalls kamen sie nach Beendigung des Streikes in Schwierigkeiten und lösten sich wieder auf.

Das erste Verbandsorgan hatten schon 1848 die Buchdrucker, den »Gutenberg«, das 1852, als die Ströme der Reaktion durch das Land gingen, sein Erscheinung einstellen musste. 1867 trat der Zentralverband der Buchdrucker ins Leben; dem bald andere folgten. Aber erst Ende der achtziger und anfangs der neunziger Jahre, als sich die deutschen Arbeiter von dem Sozialistengesetz erholten, wurden in allen Berufen Zentralverbände gegründet und auch der der Lithographen und Steindruckere. G. St.

Einige Glossen aus Frankfurt a. M. in Sachen Urabstimmung und anderes.

Die am 31. Oktober stattgefundene allgemeine Mitgliederversammlung in Frankfurt a. M. hatte auf ihrer Tagesordnung als ersten Punkt »Stellungnahme zur beabsichtigten Urabstimmung« gesetzt. Als zweiter Punkt figurierte »Ersatzwahl von Mitgliedern der Lokalverwaltung« und als dritter Punkt »Ersatzwahl eines Besitzers zum Hauptvorstand«. — Es wurde zunächst das in Frankfurt allmählich populär werdende Mittel angewandt, Anträge auf Abänderung der Tagesordnung zu stellen, um hinten herum zu dem gewünschten Ziele zu gelangen. Man befürchtete nämlich, es könnte irgend ein Hecht in den Karpen-teich, genannt Hauptvorstand, gelangen, und da man sicher ist, dass immer die Hechte am längsten in den Versammlungen aushalten, während sie anfangs in der Minderheit sind, so beliebte man das oben angeführte und schon früher erprobte Mittel, um den genannten Punkt 3 zum ersten zu machen, was auch nach heissem Kampfe gelang. Der gewählte Kollege Hess ist zwar nicht mehr im Berufe tätig, jedoch das tut schliesslich nichts zur Sache, was aber bezeichnend für eine gewisse Klique und für gewisse Machinationen derselben ist, das ist der Umstand, dass besagter Kollege vor kurzer Zeit mit 60 Wochen Rest aus dem Verbands ausgeschlossen wurde. Es liegt uns ferne, dem Kollegen irgend wie persönlich nahe treten zu wollen, aber für seine

Wähler ist seine Präsentation denn doch mehr wie charakteristisch. Dass vier Kollegen, die in der Verwaltung sassen, auf Grund gewisser Vorkommnisse in Sachen der Urabstimmung ihre Ämter niedergelegt hatten, die Verwaltung somit beschlussunfähig ist, das kümmerte die Herren, die sich so gewaltig ins Zeug legten für die Vornsetzung der Wahl eines Haupt-Vorstandsbeisitzers blutwenig, und als sich am Schluss der Versammlung die Unmöglichkeit herausstellte, diese vier Wahlen zur Lokal-Verwaltung vorzunehmen, indem keiner bereit war, irgend ein Amt anzunehmen, da liess sie auch das ganz kalt. Ja als man an ihr moralisches Gefühl appellierte, indem sie durch ihr Verhalten die Niederlegung veranlasst hätten, da konnte man sogar von einigen höhnisches Lachen vernehmen. —

Zu dem ursprünglich 1. Punkt der Tages-Ord-nung zunächst der ehemalige Vorsitzende — oder provisorisch ist er es ja jetzt noch — das Wort und verlas das bekannte Zirkular, um alle anwesenden Kollegen damit nunmehr offiziell bekannt zu machen. Denn bekanntlich hat man sich ja auch hier eine sehr schlaue Taktik ausgeklügelt. Wenn man derartige Zirkulare versendet, Kollegen Deutschlands, so erfordert es doch wohl vor allem der Anstand, dass man auch an die Lokalverwaltung der Mitgliedschaft, aus deren Mitte die Sache hervorgeht, eine Mitteilung macht, zum mindesten aber ihr auch ein solches Zirkular zugehen lässt. Nicht so die Macher der Frankfurter Urabstimmung. Für die um Hantusch existiert in solchen Fällen keine Lokal-Verwaltung. Und warum? Ein Mitglied derselben, dessen Name auch auf der Liste zu finden ist, hat aus der Schule geplaudert: »Man fürchtete, die organisierten Verwaltungsmitglieder würden die Unterschriften-Sammlung hintertreiben!« Kollegen, das ist denn doch mehr als naiv. Aber man ging noch weiter, nicht allein die Verwaltung umging man, weil die Majorität aus organisierten Kollegen bestand, sondern allenthalben machte sich das Bestreben geltend, die organisierten Kollegen überhaupt zu boykottieren. In einem Geschäft, wo zufällig nur Organisierte schaffen, kam überhaupt keine Liste, resp. erst im letzten Augenblick auf energisches Fordern. In andern wiederum, übergang man die Organisations-Mitglieder mit zielbewusster Absicht. Ebenso bedeutet die Fassung der Unterschrift »Die Mitglieder der Mitgliedschaft etc.« trotz aller gegenteiliger Ausführungen in der Versammlung, ganz entschieden eine Irreführung der deutschen Kollegen, gegen die nicht energisch genug protestiert werden kann, zumal die hiesige Verwaltung, wie schon erwähnt, von der Sache absolut nichts wusste, obgleich zwei ihrer Mitglieder mitunterschieden hatten. Diese schwiegen sich jedoch aus; — auch eine schöne Handlungsweise.

Und wie kamen nun manche Unterschriften auf dem fertigen Zirkular zu stande? Da wurden nette Dinge in der Versammlung aufgedeckt. Auch hier, wie schon oft, musste der rote Lappen erhalten, mit dem eifrigst geschwenkt wurde, um urteilslosen Kollegen Angst zu machen. Kollegen, vielleicht ist anderswo auch so fein gearbeitet worden — 2000 — sogar noch mehr — Unterschriften in so relativ kurzer Zeit sind nämlich etwas viel. Schaden könnte es jedenfalls der Sache nicht, wenn die Kollegen allerorts einmal nach dieser Richtung hin Umschau hielten. Als Kuriosität möge noch mitgeteilt werden, dass der Kollege Werner eine Postkarte verlas, die an den Kollegen Hantusch gerichtet war, jedoch irrthümlicher Weise in seine Hände gelangte. Auf dieser Postkarte zieht ein Kollege seine Unterschrift zurück; wohl ein Beweis dafür, dass betreffender in dem Augenblick des Unterschreibens sich nicht klar war, was er eigentlich unterschrieb. Sollte das etwa bei mehreren der Fall sein? Unmöglich wäre es nicht, wenn man die Entstehung des Zirkulars in Betracht zieht, nachdem man nämlich erst Unterschriften sammelte zur Beantragung einer Versammlung und diese dann einfach dem Zirkular anfügte. —

Nun Kollegen, warum will man denn überhaupt eine Urabstimmung? Der radikale Geist, der auf der General-Versammlung in Kassel geherrscht habe, sei die Ursache gewesen und damit dieser radikale Geist nicht Sieger bleibe, darum die Urabstimmung mit ihrem Knebelungsparagrafen. Kollege Hantusch führte wenigstens so aus und suchte seine Ausführungen aus den mageren Berichten in der »Gr. Pr.« zu beweisen, indem er die seiner Meinung nach radikalen Redner zitierte. Eine Widerlegung war hier dem Kollegen Werner leicht, indem derselbe aus authentischem Material, nämlich aus Büstenabzügen des Protokolls als Gegenstück eine grosse Anzahl sehr zahmer Redner zitierte. — Also aus den dürftigen Berichten in der »Gr. Pr.« hat man sich einen »radikalen Geist« gemacht. Denn auf der General-Versammlung in Kassel war keiner der Verfasser des Protokolls, da auch die beiden dort gewesen Vertreter des Haupt-Vorstandes schon früher erklärt hatten, von dem Zirkular nichts zu wissen. — Da nun der radikale Geist eben fertig konstruiert war, so konnte man weiter mit Emphase erklären: »Unsere Rechte werden wir uns nie und nimmer nehmen lassen!« Man wurde dafür auch durch Bravourufe belohnt. —

Der Kollege Fleck, der offen und ehrlich Farbe bekannt haben wollte, kam auch zu seinem Recht, indem ihm von seiten mehrerer Organisierter erklärt wurde, sie könnten den beantragten Zusatz unterschreiben bis auf den letzten Passus, der eben eine Utopie und durchaus undemokratisch sei. —

Wie schon eingangs erwähnt, haben die vier organisierten Mitglieder der Verwaltung ihre Ämter niedergelegt, da sie unter ihrer Würde halten, mit einem so grossen Misstrauensvotum belastet, wie es die Nichtachtung und Umgehung der Verwaltung bedeutet, weiter zu amtieren. Zu einer Wahl kam es nicht, denn die 126 Herren, die ihren Namen in die Welt hinausposaunt haben, sich als Hüter geheiligter Rechte aufspielen, als Bewahrer der Interessen der grossen Mehrheit der Mitglieder, die die brutale Gewalt abwehren wollen, die von seiten der bösen Roten, oder wie man auch sagt, der Organisierten droht; diese Herren haben nicht soviel Interesse an der Kleinarbeit innerhalb einer Lokal-Verwaltung, dass sie eine Wahl von 4 Personen zusammenbringen. Diese Arbeit mögen immerhin die Organisierten machen! — Ein nächstes Mal vielleicht noch ein Uebriges. Für heute Schluss.

Zur geplanten Urabstimmung des Deutschen Senefelder-Bundes.

In No. 42 der »Gr. Pr.« wurde vom Vorsitzenden der Mitgliedschaft Frankfurt a. M. bekannt gegeben, dass Lokal-Vorstand und Haupt-Vorstand von den im geheimen gepflogenen Umtrieben betr. einer Urabstimmung keine Kenntnisse hatten. Wie jetzt festgestellt ist, trifft dieses nur teilweise zu, denn während man den »roten« organisierten Kollegen gegenüber die Sammlung von Unterschriften geheimlich, besass die anderen volle Kenntnis der Sachlage. Dieses trifft sowohl bei Mitgliedern des Lokal-Vorstandes sowie auch bei Mitgliedern des Haupt-Vorstandes zu. Für diese Tatsache mögen folgende Beweise dienen:

In der Sitzung vom 10. Oktober d. J. wurde bei Besprechung dieser Angelegenheit im Lokal-Vorstand von dem kürzlich in der »Gr. Pr.« skizzierten Kassierer Schmäling gesagt, dass er erst seit ca. 3—4 Tagen davon Kenntnis habe.

Dieser Aussage wurde jedoch wenig Glauben beigelegt, vielmehr wurde nachgeforscht und man konnte feststellen, dass Kollege Schmäling zwischen dem 15. und 20. September schon seine Unterschrift gegeben hatte. In der letzten Sitzung nun gab derselbe zu, dass es so sei und er nur deshalb geschwiegen habe, weil zu befürchten war, dass die Organisation die geplante Urabstimmung hintertreiben würde. Durch dieses gibt der Kollege zu, dass er in voller Absicht »parteiisch gehandelt hat.« Als Vertrauensperson müsste er unbedingt die Gesamtheit vertreten und nicht nur einzelnen Freunden Liebesdienste erweisen durch — Sammlung von Unterschriften.

Sind dieses nun keine »geheimen Machinationen« Kollege Hantusch?? Doch weiter zum Haupt-Vorstand; hier liegt die Sache noch schlimmer, denn wie den Mitgliedern noch erinnerlich sein wird, wurde vom Haupt-Vorstand der Beschluss gefasst, in der Verschmelzungsfrage »Neutral« zu bleiben, wie dieses zu verstehen ist, dafür diene folgendes: Anlässlich der beabsichtigten Urabstimmung, kam es auch in dieser Korporation zu einem recht kräftigen Zusammenstoss; hierbei stellte sich nun nach und nach ebenfalls heraus, dass ein Teil von den Umtrieben Kenntnis hatte. Es wurde sogar von Kollegen Ey gesagt, dass sie doch nicht notwendig hätten, uns alles auf die Nase zu binden, der Verein mache es auch nicht. Deutlicher konnte man seine Gesinnung nicht offenbaren. Im Verlauf dieser Debatte galt es eine Frage zu beantworten und wurde ungefähr folgende Antwort formuliert: »Der Haupt-Vorstand erklärt, dass er von der beantragten Urabstimmung keine Kenntnisse hatte.« Ich wünschte, dass das Wort »korporativ« eingeschaltet werden soll; dieses wurde einfach abgelehnt; ebenso der Antrag Lange »offiziell« einzuschalten. Für jeden rechtlich denkenden Kollegen ist es nun klar, dass der so gefasste Antrag der »Wahrheit nicht völlig entspricht.« Der Hauptkassierer erklärte, dass er nichts wusste, dieses will ich gerne glauben; hätte jedoch erwartet, dass derselbe dem Antrage in dieser Form seine Zustimmung versagen sollte, anstatt die Ablehnung der beiden Verbesserungs-Anträge zu empfehlen.

In letzter Sitzung erfolgte nun endlich die Wahl des Haupt-Vorstandes zu den Kommissions-Sitzungen nachdem dieselbe zweimal auf Antrag von Kollegen Scheitel zurückgestellt wurde, wahrscheinlich waren die »Vorarbeiten« noch nicht erledigt. Koll. Lange und meine Wenigkeit hatten fest gerauf gerechnet, kalt gestellt zu werden, denn aus einer Aeusserung des Kollegen Ey war dieses mit Bestimmtheit anzunehmen.

Durch die Ausserachtlassung der »gegebenen« Parole eines jedenfalls zur »Sektion Scheitel« gehörigen Haupt-Vorstands-Mitgliedes erlangte Lange noch mit Ach und Krach das letzte Mandat. Beabsichtigt war dieses nicht, denn ziemlich alle hatten auf einmal Zeit, während noch kurz vorher das Gegenteil der Fall war, denn das »hohe Haus« hatte sehr oft leere Stühle aufzuweisen. Ja selbst die chronische Uebermüdung eines Hauptvorstands-Mitgliedes ist verflorgen, denn dasselbe zieht ebenfalls mit Kollegen Scheitel aus, um wahrscheinlich als stiller »Teilnehmer« das Rede-Turnier in Berlin mitzumachen.

Kollege Scheitel ist, nebenbei bemerkt, dasjenige Hauptvorstands-Mitglied, das der von Kollege Amuss erwähnten Gegenresolution in der Mitglieder-Ver-

sammlung den Namen gab, also seine Neutralität als Hauptvorstands-Mitglied zugunsten »Einzeln« ausser acht liess.

Durch eine derartige Verletzung der selbstgefassten Beschlüsse von Mitgliedern des Hauptvorstandes fühle ich mich berechtigt, diese Angelegenheit der Gesamt-Kollegenschaft zu unterbreiten, die über eine solche »Neutralität« nun selbst ein Urteil fällen kann.

Zu dem Urabstimmungsantrag habe ich zu bemerken, dass man über den ersten Teil noch reden könnte, während der letzte Teil eine Zumutung ist, wie man solche nur von Frankfurter Lithographen-Proletariern erwarten kann. Durch eine demokratische Abstimmung wollen diese Herren Kollegen eine eventuelle Minderheit einfach im wahren Sinn des Wortes vergewaltigen. Dass dieses nicht durchzuführen ist, werden diese Herren Kollegen wohl auch noch begreifen lernen.

Das Flugblatt von Offenbach mit »Düring« unterzeichnet, stammt ebenfalls aus der Frankfurter Urabstimmungsfabrik. Beide Unterzeichner arbeiten in einem Geschäft zusammen, dieses wird den Mitgliedern genügend Aufschluss geben, zumal wenn man sieht, dass der Antrag in »plumper« Weise wortgetreu abgedruckt ist.

Dieses sind wohl auch keine »geheimen Machinationen« lieber Hantusch? Oder behauen auch die Aeusserungen in No. 44 der »Gr. Pr.« auf »Wahrheit«? Die Antwort wird auf andere Weise erfolgen. Ich möchte nur eins herausgreifen; es wird gesagt, dass der Frankfurter-Heddernheimer Antrag nur vom »Prinzip der Verschmelzung« handelte; dieses ist teilweise richtig, denn es heisst wörtlich: »erklärt sich hiermit gegen jede Form einer Verschmelzung mit dem Verein der Lithographen etc.« Da wir hierin einig sind, so werden Sie, Kollege Hantusch, zugeben müssen, dass darunter die von Ihnen beantragte und nur veränderte Form zu einer Verschmelzung resp. Urabstimmung ebenfalls darunter fällt, somit schon in Kassel über Ihren Urabstimmungs-Antrag einstimmige Ablehnung beschlossen wurde.

Würde nun der Hauptvorstand eine Urabstimmung dennoch ausschreiben, so wäre dieses eine Statutverletzung schlimmster Art, ebenso eine Ausserachtlassung der Beschlüsse der höchsten Instanz des Bundes. § 77, Abs. 4 erklärt deutlich, dass eine Urabstimmung in diesem Falle innerhalb eines Jahres nicht zum zweiten Male beantragt werden darf.

Als Hauptvorstands-Mitglied a. D. hätten Sie, Kollege Hantusch, Ihre Freunde etwas mehr mit dem Statut bekannt machen sollen. Wäre z. B. der Urabstimmungsantrag formell richtig, so würde derselbe sicher nicht zu § 49 gehören.

Ausser diesen Tatsachen gibt es noch andere stichhaltige Gründe gegen diese Urabstimmung. Dieses mag jedoch vorerst genügen. Die Organisation muss jetzt zeigen, was sie zu leisten imstande ist. Es muss gesagt werden, dass diese Urabstimmung nicht nur eine Statutverletzung bedeutet, sondern auch eine unnütze Geldverschwendung ist.

Diesen Kollegen gegenüber, die sonst dem Bund und Verein ziemlich gleichgültig gegenüberstehen, müssen die Abgeordneten Front machen und erklären, dass der in Kassel einstimmig gefasste Beschluss, »keine Urabstimmung vorzunehmen«, bis aufs äusserste verfochten werden muss. Es muss gesagt werden, dass die Kommission deshalb zusammentritt, um einen Mittelweg zu schaffen, aber nicht, um Bundesmitglieder zu vergewaltigen, wie die »Urabstimmungs-Arrangeure« sagen. Wer also demokratisch fühlt und denkt, darf dieses Machwerk »unbekannter Grössen« in keiner Weise unterstützen. Also weg mit dieser Urabstimmung, so lange kein Grund dazu vorliegt, der eine solche Geldvergeudung rechtfertigt.

E. Müller
Mitglied des Hauptvorstandes.

Notwehr.

Wenn wir einen prüfenden Blick auf die Geschichte der Entwicklung unseres Verbandes werfen, so muss es uns gewiss mit grossem Stolz erfüllen, zu sehen, welche enormen Fortschritte unsere Organisation seit wenigen Jahren gemacht hat. Aber zu diesem Stolz gesellt sich leider ein Gefühl der Beschämung über die Tatsache, dass die Mitgliedervermehrung zum Teil auf eine Ueberproduktion von Berufsangehörigen, d. h. auf die skandalöse Lehrlingszucht zurückzuführen ist. Dieser Misswirtschaft hätten wir schon längst energisch zu Leibe gehen müssen. Wir freuen uns immer, wenn wir hören, die Zahl der Mitglieder sei wieder um einige hundert gestiegen und preisen die rührige Agitation. Eigentlich müssten wir uns aber in erster Linie bei den Prinzipalen für den Mitgliederzuwachs bedanken, denn wenn sie nicht so liebenswürdig wären, junge Leute scharenweise auszubilden (sprich auszubeten), so würde sich die Mitgliederzunahme zweifellos bedeutend mässiger gestalten. Unsere Prinzipale haben also schon heute ein unstrittiges Verdienst an dem Wachstum unseres Verbandes und wenn wir sie ungestört weiter wirtschaften lassen, so werden sie auch weiterhin immer mehr und mehr Leute unserem Beruf und damit indirekt unserer Organisation zuführen. Aber auf der andern Seite werden wir erleben, dass die Hälfte unserer Mitglieder auf der Strasse steht, d. h. dass die Arbeitsgelegenheit nicht Schritt hält mit der Vermehrung der Berufsgeossen

und der Ausdehnung unseres Verbandes. Schon heute greifen Arbeitslosigkeit und Existenzunsicherheit erschreckend um sich und der Kampf ums Dasein unter den Kollegen hat nachgerade Formen angenommen, welche entschieden wo anders hin führen als zu aufrichtiger Freundschaft und Verbrüderlichung der Verbandsangehörigen.

Die Lehrlingsfrage ist für uns zur Existenzfrage geworden. Es kann nur als ein Akt der Notwehr betrachtet werden, wenn wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln in den Kampf für die Regelung des Lehrlingswesens eintreten. Darum Kollegen an die Front, es ist hohe Zeit. Wir dulden die Annahme neuer Lehrlinge nicht mehr. Jeder Tag kommt für uns in Betracht. Die »Brutanstalten« werben ja heute schon frische Kräfte an zum Eintritt für kommende Ostern. Ohne Zweifel steht zu dieser Zeit wieder ein gewaltiger Nachschub von Lehrlingen bevor. Die unmittelbare Folge dieses Nachschubes wird erfahrungsgemäss eine »Verjüngung« des Personalstandes in vielen Geschäften sein. Wir kennen diese Verjüngungen. Die neu eingetretene Lehrlinge werden in der Hauptsache ein billiger und williger Ersatz für Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen und die neugezüchteten Gehilfen bilden den Ersatz für die teureren älteren Gehilfen. »Ausmistern« nennen die Herren Faktore die Vornahme dieser alljährlichen Regenerationsinventur. Mit der Zeit wird allerdings auch manche sogenannte Lebensstellung wackelig. Gar mancher biedere »Oberschuster«, der sich unter seinen Zöglingen mächtiger fühlte als Gott Vater und gegen deren Vermehrung nicht das geringste einzuwenden hatte, muss die unangenehme Erfahrung machen, dass auch für ihn in aller Stille ein jüngerer Ersatzmann gewachsen ist. Für solche Leute, die ja grösstenteils Organisationsfeinde sind, rühren wir natürlich keinen Finger. Doch für die organisierten Kollegen bessere und stabilere Existenzverhältnisse zu schaffen, das ist die erste Aufgabe jeder einigermaßen erstarkten Gewerkschaft. Für uns liegt das Grundübel, wie schon gesagt, in der unverhältnismässigen Lehrlingszüchterei vieler Geschäfte. Hier muss also die Tätigkeit der Organisation mit aller Promptheit und Energie einsetzen. Als Parole für die Mitglieder muss ausgegeben werden: Ueberall da, wo die Zahl der Lehrlinge das in unserm Tarifentwurf vorgesehene Verhältnis übersteigt, müsst ihr euch gegen die Annahme weiterer Lehrlinge wehren. Das sollte eigentlich heute schon für jedes Mitglied selbstverständlich sein, aber die Tatsachen belehren uns über das Gegenteil. Darum muss in den Versammlungen mit allem Nachdruck den Mitgliedern eine diesbezügliche Wegleitung gegeben werden. Wenn jeder organisierte Kollege an seinem Platze auch seinen Mann stellt und die Vorstände und Beamten die Sache energischer in die Hand nehmen als bisher, dann kann es keinem Zweifel unterliegen, dass sich die Verhältnisse in kurzer Zeit bedeutend bessern werden. Der endlichen Einführung eines allgemein gültigen und bindenden Lehrlingsregulativs wären damit die Wege gebnet und wir könnten uns manchen harten Kampf ersparen. Nun ist die Lehrlingsmisswirtschaft allerdings schon so ausgeartet, dass sich kleinere Geschäfte den Luxus, einen Gehilfen einzustellen, überhaupt nicht leisten und vielfach ausschliesslich mit Lehrlingen arbeiten. Besonders die Privatlithographen erreichen erstaunliches in dieser Beziehung. Hier kann in erster Linie persönliches Vortreffwerden der Verbandsfunktionäre von Nutzen sein, und in zweiter Linie ein Hinweis in der lokalen Arbeiterpresse auf die misslichen Verhältnisse in unserem Berufe im allgemeinen und die Lehrlingsausbeutung im besonderen. Die Aufforderung an die Eltern, erst beim Vorstände der Organisation Erkundigungen einzuziehen, bevor sie ihre Söhne in die Lehre geben, würde gewiss auch Beachtung finden, weil ja die meisten Lehrlinge den Proletarierfamilien entstammen. Umfassende Statistiken über den Personalstand der einzelnen Geschäfte müssen bei den Verwaltungen stets vorhanden sein und sollen erstere in kurzen Zwischenräumen unter Zuziehung der Vertrauensmänner einer gewissenhaften Revision unterworfen werden. Das alles erfordert Arbeit. Doch sie muss gethan werden in unser aller Interesse. Nutzbringender kann ein denkender Kollege seine freie Zeit gewiss nicht ausfüllen als im Dienste der Organisation.

Leider begegnen wir heute in unseren Reihen vielfach einer kaum glaublichen Nachlässigkeit in der Erfüllung der gewerkschaftlichen Pflichten. Sonst tätige Kollegen sehen der fortschreitenden Verschlechterung unserer Existenzverhältnisse gleichmütig zu und lullen sich mit dem Gedanken ein, dass der Tarif ja doch kommen muss und dann mit einem Schlage unser Arbeitsverhältnis in geordnete Bahnen kommen wird. Die Erfahrung lehrt uns aber, dass einmal vorhandene Missstände schwer zu beseitigen sind. Durchgreifende Verbesserungen lassen sich nur durch Vorbeugen, durch gründliche Vorarbeit und Betätigung aller erzielen. Darum müssen auch die älteren Kollegen ihre Plätze wieder einnehmen in den Versammlungen und Vorständen, um den jüngeren vorwärts treibenden Elementen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Das gemeinschaftliche Interesse muss uns zusammenschliessen zu einer Kerntruppe der organisierten Arbeiterschaft, die weiss, was sie will und ihrem Willen durch Besonnenheit und Tapferkeit Ausdruck verleiht.

Heute überflutet ein Strom deutscher Berufskollegen fast alle Kulturstaaten. Deutschland liefert

Steindrucker und Lithographen für die ganze Welt und dabei liegen im Lande selbst noch eine stattliche Zahl Arbeitsloser. Wohl senden wir fast durchwegs organisierte Kollegen hinaus, aber der Konkurrenzkampf um die Existenz mit den einheimischen, auch im Auslande schon genügend vorhandenen Arbeitskräften, wird dadurch nicht abgeschwächt. Daher kommt es wohl auch, dass der deutsche Kollege im Auslande vielfach die Gastfreundschaft nicht findet, welche in seiner Heimat eine selbstverständliche Sache ist. Auf den internationalen Kongressen haben wir schon allerlei Tiraden über die schädlich wirkende Einwanderung der deutschen Kollegen nach Frankreich u. s. w. hören müssen. Zu einem bindenden Beschluss, das Lehrlingswesen in allen beteiligten Ländern auf eine gemeinsame Grundlage zu stellen und dessen Regelung in allen Ländern, innerhalb eines festgesetzten Zeitraumes zu bewerkstelligen, hat es das internationale Konzilium nicht gebracht. Das wäre wenigstens einmal ein Versuch gewesen, praktische Arbeit zu leisten. Heute liegt die Sache, wenigstens in den kontinentalen Ländern so, dass die Errungenschaften einer Landesorganisation illusorisch gemacht werden, wenn die nachbarliche Organisation nicht gleichen Schritt hält. Dem Schweizerischen Lithographenbund ist es z. B. gelungen ein Lehrlingsregulativ durchzudrücken, welches auf 4 Gehilfen 1 Lehrling vorsieht. Das ist ein schätzbare Fortschritt, wird aber den schweizerischen Kollegen unter den gegenwärtigen Verhältnissen wenig Nutzen bringen, denn die deutschen und österreichischen Prinzipale sorgen schon dafür, dass der Ausfall an Lehrlingen reichlich wett gemacht wird. Die Landesgrenze ist nicht mit Brettern verschlagen und Angebot und Nachfrage werden auch in Zukunft kein günstigeres Bild zeigen, wenigstens so lange nicht, bis die in Betracht kommenden nachbarlichen Organisationen eine Regelung des Lehrlingswesens, auf derselben oder einer ähnlichen Basis durchgeführt haben, wie der erstgenannte Verband. Legen wir also Hand ans Werk! Wir wollen nicht hinten nach hinken, sondern mindestens gleichen Schritt halten mit den vorgeschrittenen Berufsorganisationen der Nachbarländer. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.

Hbr.

Keine reine Gewerkschafts-Organisation.

Auf meinen Artikel in Nummer 43 der »Graph. Presse« bringt die Redaktion des »Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgiesser« eine Entgegnung, die unwillkürlich an den Spitzbuben erinnert, welcher bei seiner Verfolgung »Haltet den Dieb« schreit. Beim Schreiben meines Artikels kam es mir nicht darauf an, den Buchdruckern eins auszuweisen. Da aber von seiten der Buchdrucker immer nur ihr Tarif vorgeschoben wurde, um ein Eingreifen zugunsten der Hilfsarbeiter abzulehnen, kam für mich nur die tarifliche Seite der Handlungsweise Hannoverscher Buchdrucker in Frage; umso mehr, als diese die Anerkennung des betreffenden Lokalvorstandes fanden, war hier wohl die schärfste Kritik am Platze.

Der Redakteur des C. hätte sich, bei derartigen wichtigen Angelegenheiten, seine Arbeit nicht so leicht machen sollen und einfach alles als unwahr hinzustellen. Es müssen wohl schon öfter derartige Beschwerden vorgelegen haben, denn ohne Grund wird der Hauptvorstand des Buchdrucker-Verbandes sicher nicht dazu kommen, eine Verfügung herauszugeben, dahingehend, dass Verbandsmitglieder Arbeitswillige nicht anlernen dürfen, trotz des Tarifes. Solche Bekanntmachungen sollten nicht erst nötig sein, hoffentlich werden sie durchgeführt, auch wenn es sich nur um Hilfsarbeiter handelt.

Da ich Wort für Wort meines ersten Artikels aufrecht erhalte, brauche ich mich nur mit einigen krassem Umdrehungen des Tatbestandes durch die Berichterstattung des C. befassen. In dem Situationsbericht über den in Frage kommenden Streik heisst es unter anderem:

Am Ausstände beteiligten sich 9 Personen und zwar 5 männliche und 4 weibliche Arbeiter. In wenigen Stunden waren die Mädchen von Arbeitswilligen aus der Buchbinderei ersetzt, einer der Hilfsarbeiter fiel wieder um und für die anderen 4 Ausständigen war ebenfalls rasch Ersatz da. Spätere Vermittlungsversuche bei P., die Ausständigen wieder einzustellen, blieben erfolglos. Damit war die Bewegung verunglückt; sie musste verunglücken, weil man sachkundigen Rat, der erteilt worden war und vor einem Streik warnte, ignoriert hatte.

Und an einer anderen Stelle.

Wahrheit ist, dass die Buchdrucker des betreffenden Betriebes sich die grösste Mühe gaben, zugunsten der Hilfsarbeiter zu intervenieren, selbst dann, als ohne das Wissen und die Zustimmung der Buchdrucker der Streik inszeniert wurde. Unwahr ist, dass die Buchdrucker Arbeitswillige angelernt oder den Streikenden die moralische Unterstützung verweigert hätten.

Erst erteilt man den Hilfsarbeitern den sachkundigen Rat, nicht zu streiken, einige Zeilen weiter sind diese ohne Wissen der Buchdrucker in den Streik getreten. Wie ist dieses nun möglich? Ohne Zustimmung der Buchdrucker ist dieser Streik allerdings inszeniert worden, denn hätten die Hilfsarbeiter hierauf warten sollen, wäre es nie zur Einreichung von Forderungen

